



ABSCHWUNG UND STRUKTURWANDEL INDUSTRIE UNTER DRUCK

Rezession, Gewinnwarnungen, Stellenabbau – das Vokabular der Wirtschaftsberichterstattung hat sich grundlegend verändert. Statt der Erfolgsmeldungen der vergangenen Jahre stehen nun die Herausforderungen für die Unternehmen im Mittelpunkt des Interesses. Auch die Kurzarbeit macht erneut Schlagzeilen. Angesichts der schwachen Konjunktur fordern Gewerkschaften und Arbeitgeber, ihre Nutzung wieder zu erleichtern.

Während der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 hatte die Kurzarbeit maßgeblich dazu beigetragen, Jobs in der Industrie zu sichern. Als es wirtschaftlich wieder bergauf ging, konnten die Betriebe auf ihre bewährten Belegschaften zurückgreifen. Deutschland wurde zum Gewinner des folgenden Aufschwungs. Nun also wieder Kurzarbeit? In der Chemie ist dies in der Fläche derzeit noch kein Thema, aber es ist richtig, sich frühzeitig auf den Fall der Fälle vorzubereiten.

Doppelbelastung für die Unternehmen

Die Industrie muss sich auf eine Doppelbelastung einstellen: Zum einen dreht die Konjunktur ins Minus, weil Handelskonflikte und neue Brexit-Sorgen die Märkte belasten. Seit der zweiten Jahreshälfte 2018 schrumpfen Produktion und Handel von industriellen Waren – sowohl in Deutschland als auch weltweit. Die Industrie befindet sich bereits in einer Rezession.

Zum anderen führen Megatrends wie Digitalisierung und E-Mobilität zu massiven strukturellen Veränderungen in unserer Wirtschaft. Die Unternehmen, gerade auch KMU, benötigen erhebliche finanzielle Ressourcen für Investitionen, die Standorte und Arbeitsplätze zukunftsfähig machen.

Chemie erwartet 2019 Verluste bei Produktion und Umsatz

Unsere Branche rechnet im laufenden Jahr mit deutlichen Verlusten bei Produktion und Umsatz. Die Unternehmen beurteilen ihre wirtschaftliche Lage derzeit ausgesprochen kritisch: Der ifo-Geschäftsklimaindex für Chemie und Pharma fiel Ende August auf den niedrigsten Wert seit der globalen Krise 2008/2009. Für die anstehende Tarifrunde #Chemie2019 bedeutet das: Kostendisziplin ist das Gebot der Stunde. Es wird Zeit, die Kosten besser in den Griff zu bekommen und die Produktivität wieder zu steigern.

**"KOSTENDISZIPLIN IST DAS
GEBOT DER STUNDE."**

BAVC-Hauptgeschäftsführer
Klaus-Peter Stiller

**KONJUNKTUR: CHEMIE TIEF
IN DEN ROTEN ZAHLEN** Seite 2



**EUROPA NACH
DER WAHL** Seite 6



TIEF IN DEN ROTEN ZAHLEN

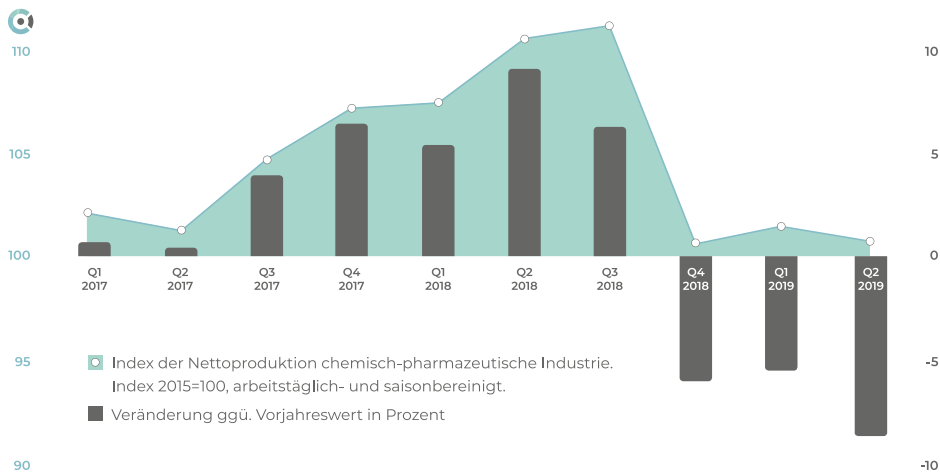
Die deutsche Chemie- und Pharmabranche konnte im ersten Halbjahr 2019 nicht an das gute Niveau der Jahre 2017 und 2018 anknüpfen. Ursache waren vor allem ein rückläufiges Wachstum der Weltwirtschaft, die Verunsicherung infolge von Handelsstreitigkeiten und politischen Konflikten sowie Schwierigkeiten in wichtigen Abnehmerbranchen.

Im Ergebnis gehen Chemie und Pharma mit kräftig gesunkenen Werten für Produktion und Umsatz in die anstehende Tarifrunde. Die Aussichten verheißen keine schnelle Besserung der Lage.

Produktion und Umsatz schrumpfen

Die Produktion der chemisch-pharmazeutischen Industrie sank im ersten Halbjahr 2019 um 7,2 Prozent verglichen mit dem Vorjahr. Auch gegenüber der schon schwachen zweiten Jahreshälfte 2018 fiel sie noch einmal mehr als 4 Prozent niedriger aus. Die in den ersten sechs Monaten hergestellten Mengen lagen somit wieder auf dem Niveau des Jahresbeginns 2017.

Produktion fällt um zwei Jahre zurück



Quelle: Statistisches Bundesamt, Chemdata

Nach dem sehr positiven Jahr 2018 verzeichnete insbesondere der Bereich Pharma starke Rückgänge der produzierten Mengen: Im ersten Halbjahr 2019 waren es 15,7 Prozent weniger. Aber auch die chemische Industrie im engeren Sinne musste in diesem Zeitraum einen Rückgang von 2,9 Prozent verkraften.

Das gleiche negative Bild zeigt der Umsatz der Branche: Die Einnahmen der Unternehmen der chemisch-pharmazeutischen Industrie blieben zwischen Januar und Juli 2019 um glatte vier Prozent unter dem Vergleichswert des Jahres 2018.

Kosten werden zum Problem

Als Folge sinkender Produktionsmengen und Umsatzeinnahmen geraten in den Unternehmen die Kosten wieder stärker in den Fokus. Auch bei den Arbeitskosten haben sich in den letzten Jahren Steigerungen ergeben, die immer weniger zu der geänderten wirtschaftlichen Lage passen. So sind die Tarifentgelte in der chemischen Industrie seit 2010 um 26,6 Prozent gestiegen. Erhöhungen des Urlaubsgeldes und des Demografiebeitrages sind dabei noch nicht einmal eingerechnet. Selbst nach Abzug der Preissteigerungen verbleibt den Mitarbeitern so ein satter Zuwachs von mehr als 14 Prozent.

KONTAKT



LUTZ MÜHL

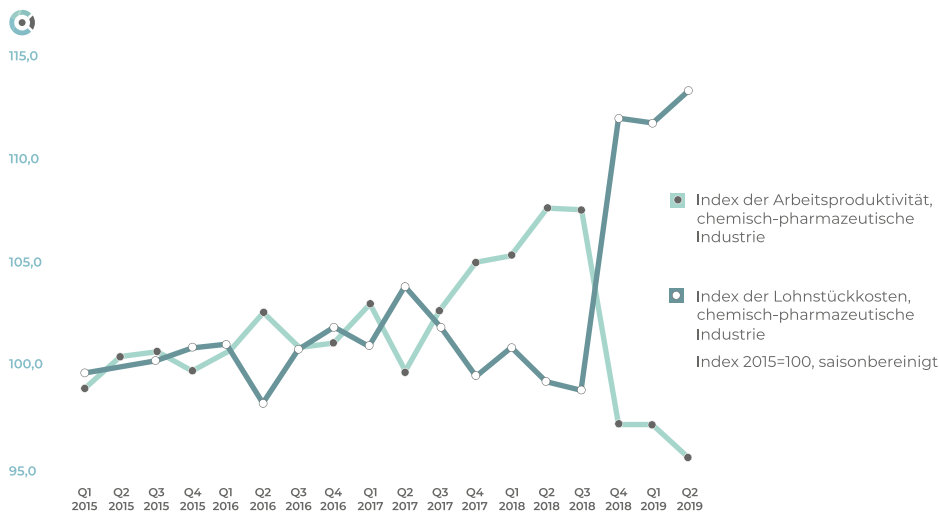
Geschäftsführer
Wirtschaft, Sozialpolitik

lutz.muehl@bavc.de

Im selben Zeitraum stieg der Umsatz je Beschäftigten für die Unternehmen um nicht einmal sechs Prozent. Die Arbeitsproduktivität lag im ersten Halbjahr 2019 sogar um 5,8 Prozent niedriger als 2010. Nachdem dieser wichtige Indikator schon zwischen 2010 und 2015 kaum Zuwächse verzeichnet hatte, war er 2017 und 2018 endlich wieder gestiegen. Diese Gewinne sind durch den Abschwung seit Herbst 2018 aber nun wieder verloren gegangen.

Die Lohnstückkosten hingegen sind zuletzt massiv gestiegen. Sie lagen mehr als 30 Prozent über dem Wert für das Jahr 2010. Allein im ersten Halbjahr 2019 kletterten sie um gut zwölf Prozent gegenüber dem Vorjahreswert.

Produktivität bricht ein – Lohnstückkosten explodieren



Quelle: Statistisches Bundesamt, Chemdata

Keine Hoffnung auf schnelle Besserung

Ursache für die schwierige Lage der Branche ist der weltweite Rückgang bei Produktion und Handel von Industriegütern. Die negativen Effekte aus ungelösten Handelskonflikten, Brexit und politischen Krisen wirken sich zunehmend auf Wirtschaft und Arbeitsplätze in Deutschland aus.

Dabei befindet sich die deutsche Industrie gleichsam im Auge des Sturms. Keine andere entwickelte Volkswirtschaft ist so vom weltweiten Export ihrer Produkte abhängig. Was jahrelang zur Stärke der Bundesrepublik beigetragen hat und Basis für Wachstum, Wohlstand und steigende Löhne war, droht in einem Zeitalter moderner Handelskriege zur Belastung zu werden.

Mit Thailand, Malaysia und Taiwan gibt es nur drei asiatische Tigerstaaten, die einen höheren Anteil ihrer nationalen Wirtschaftsleistung durch Exporte erzielen als Deutschland. Andere entwickelte Industriestaaten wie Frankreich, Japan oder die USA, aber auch China, werden von einer Verlangsamung im Welthandel mit Industrieprodukten bei weitem nicht so stark getroffen.

Geschäftsklima auf 10-Jahres-Tief

Das zeigt sich auch in der Einschätzung der aktuellen Lage und der Zukunftsaussichten in der chemisch-pharmazeutischen Industrie. Beide haben zuletzt mehrfach Tiefstände erreicht. Der ifo-Geschäftsklimaindex für die Branche ist im August auf den niedrigsten Stand seit der globalen Finanzkrise vor rund zehn Jahren abgerutscht; inzwischen erwartet eine Mehrzahl der Unternehmen der Branche eine weitere Verschlechterung der Lage in den kommenden sechs Monaten.

Autor: Lutz Mühl



„Die deutsche Industrie muss sich auf eine Doppelbelastung einstellen: Zum einen dreht die Konjunktur ins Minus, weil ungelöste Handelskonflikte und neue Brexit-Sorgen die Märkte belasten. Zum anderen führen Megatrends wie Digitalisierung und E-Mobilität zu massiven strukturellen Veränderungen in unserer Wirtschaft. Aufgabe der Sozialpartner ist es, diese Herausforderungen frühzeitig zu erkennen und gemeinsam anzugehen: mit guten Ideen und einer vorausschauenden Tarifpolitik.“



Quelle: AdobeStock_72130794

NEUES ONLINE-ANGEBOT

ALLES ZUR TARIFRUNDE #CHEMIE2019

Neues Top-Thema auf der Website „Die Chemie. Dein Arbeitgeber.“ - die Info-plattform für die Beschäftigten der Branche widmet sich in den kommenden Wochen der Tarifrunde #Chemie2019 auf regionaler und auf Bundesebene.

Interviews, Videos und Grafiken

Wir analysieren die Forderungen der IG BCE und erklären die Rahmenbedingungen, in denen die Tarifparteien in diesem Jahr die Verhandlungen führen werden. Wir ordnen die wirtschaftliche Lage für Chemie und Pharma ein und zeigen auf, was sie für den Verteilungsspielraum bedeutet. In Grafikstrecken bewerten wir tarifpolitische Leistungen und Lasten in der Branche im internationalen wie nationalen Vergleich. Wie bestehen die Forderungen der IG BCE im Faktencheck und welche Instrumente gibt es bereits zur Flexibilisierung von Arbeitszeiten und zur Absicherung im Pflegefall?

Unsere Verhandlungsführer kommen ebenso zu Wort: In Videos geben sie Einblicke in die Gesprächsverläufe und Themenschwerpunkte auf regionaler Ebene und formulieren die Erwartungen der Arbeitgeber für die Bundesrunde. Aktuell in den Verhandlungen aufgeworfene Themen werden wir genauso aufgreifen wie die Ergebnisse.

Informationsangebot für Unternehmen und Beschäftigte

Mit dem neuen Themenschwerpunkt wollen wir Antworten liefern sowie Hintergründe und Positionen der Arbeitgeber erklären. Die Beiträge - wie zuletzt zur Chemie-Konjunktur, zur Attraktivität der Branche oder zur Digitalisierung - sind ein Angebot der Chemie-Arbeitgeberverbände für die Unternehmen der Chemie- und Pharmaindustrie, um sie in ihrer Kommunikation mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu unterstützen.

Vielseitig einsetzbar

Die einzelnen Inhalte können vielseitig in der Unternehmenskommunikation eingesetzt werden, sei es als redaktioneller Beitrag im Intranet, in der Mitarbeiterzeitung oder als Verweis in den sozialen Netzwerken. Das mit Unterstützung von IW Medien realisierte Informationsangebot setzt auf digitale Kommunikations- und Verbreitungs Kanäle, die in die Belegschaften der Chemie-Betriebe reichen. Stärker als in der Vergangenheit wollen die Arbeitgeber Verständnis für unternehmerische Entscheidungen und Positionen schaffen und die Leistungen der Branche für ihre Mitarbeiter herausstellen.

Autorin: Rebecca Wilhelm

 SERVICE

Die Chemie.
Dein Arbeitgeber.

ist ein Informationsangebot für die Beschäftigten der Branche.

www.chemie-arbeitgeber.de

Arbeitgeber-App

Aktuelle Positionen der Arbeitgeber zu den wichtigsten Themen aus Politik und Arbeitswelt direkt aufs Smartphone: Laden Sie sich die App »Die Chemie-Arbeitgeber« herunter.





Quelle: Shutterstock 707498419

#CHEMIE2019 STAY TUNED

Die sozialen Medien sind aus der heutigen Kommunikation nicht mehr wegzudenken. Dies trifft bereits seit Jahren auch auf die Tarifrunden in den unterschiedlichsten Branchen zu. Die Nutzung von Netzwerken wie Twitter, Xing und LinkedIn gehört bereits seit langem zum guten Ton, um Positionen bei der Aushandlung von Entgelt, Arbeitszeit und anderen qualitativen Elementen zu vermitteln.

Über welche Plattform sich ein Nutzer informiert, hängt dabei stets von der eigenen Präferenz ab. Uns ist wichtig, auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unserer Branche die Möglichkeit zum Dialog anzubieten. Daher erweitern wir unser Angebot anlässlich der Tarifrunde um einen weiteren Kanal: Facebook. Wir suchen damit einen noch stärkeren Austausch mit den Beschäftigten unter Verwendung des Hashtags #Chemie2019.

Alle unsere Kanäle auf einen Blick

Twitter: Auf dem Kurznachrichtendienst informieren wir unsere Follower kurz und bündig zu all unseren Themen aus der Branche.
twitter.com/BAVChemie

LinkedIn: Mit mehreren Millionen deutschsprachigen Nutzern wird das Karrierenetzwerk auch von vielen Mitarbeitern aus der Chemie verwendet.
linkedin.com/company/bavc

Xing: Die Plattform gilt mit ihren vielen Millionen Nutzern als das führende berufliche Netzwerk im deutschsprachigen Raum.
xing.com/companies/bundesarbeitgeberverbandchemiee.v

Facebook: In Deutschland kommt das Netzwerk auf mehr als 32 Millionen monatlich aktive Nutzer. Auf dieser reichweitenstarken Plattform werden wir insbesondere Informationen und Austausch rund um die Tarifrunden in den Mittelpunkt stellen.
facebook.com/BAVChemie

BAVC-Newsletter: Die wichtigsten Informationen und Standpunkte der Chemie-Arbeitgeber in tarif- und sozialpolitischen Fragen regelmäßig per E-Mail: Anmeldung unter bavc.de/service/newsletter

App „Die Chemie-Arbeitgeber“: Die App fürs Smartphone liefert Positionen der Arbeitgeber zu den wichtigsten Themen aus Politik und Arbeitswelt. Die App ist verfügbar für Apple und Android.

Autor: Markus Hesse

FEEDBACK

Anregungen und Wünsche können Sie uns gerne zukommen lassen - per Mail an presse@bavc.de oder natürlich über unsere Social Media-Kanäle.



Quelle: European Union 2019 – Source: EP

EUROPA NACH DER WAHL

SCHWERPUNKT AUF SOZIALER AGENDA

Nach den Europawahlen im Mai wird das neu gewählte Europäische Parlament nun nach der Sommerpause in die neue Legislatur starten. Populisten und Rechtsextreme blieben in Deutschland und Europa – auch dank gesteigerter Wahlbeteiligung – glücklicherweise hinter den Erwartungen zurück.

Pro-europäische Parteien besetzen nun zwar gut zwei Drittel der Sitze im EU-Parlament. Jedoch wird sich die Mehrheitsfindung zukünftig komplizierter gestalten, da sowohl Sozial- als auch Christdemokraten herbe Verluste erlitten haben und somit erstmals nicht die Mehrheit der europäischen Abgeordneten stellen. Die starken Zugewinne bei Grünen und Liberalen (Renew Europe) sind in erster Linie auf das veränderte Wahlverhalten der französischen und deutschen Wähler zurückzuführen.

Neue Zusammensetzung im Beschäftigungsausschuss

Das veränderte Gewicht der einzelnen Parteien spiegelt sich auch in der Verteilung im für uns besonders relevanten Ausschuss für Beschäftigung und Soziales (EMPL) wider. Während die Grünen ihre Ausschussmitglieder und -stellvertreter von einem auf drei Abgeordnete erhöhen, stellt die CDU/CSU nur noch drei statt früher fünf Abgeordnete.

Dennis Radtke (CDU) und Katrin Langensiepen (Grüne) werden als Koordinatoren jeweils die gesamte Fraktion der Europäischen Volkspartei bzw. der Europäischen Grünen vertreten. Die SPD stellt nur noch zwei statt drei Abgeordnete, darunter Gabriele Bischoff (ehemals Vorstand IG Metall) als einziges Vollmitglied. Die FDP wird wie auch schon in der vorigen Legislatur nicht im EMPL vertreten sein. Die AfD, im EU-Parlament mit insgesamt elf Abgeordneten vertreten, stellt sich mit zwei Vollmitgliedern besonders stark im Beschäftigungsausschuss auf.

Angesichts der verringerten Zahl unserer Ansprechpartner und der äußerst ambitionierten sozialpolitischen Pläne der designierten EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen kommt der Vertretung der Arbeitgeber-Interessen eine weitaus größere Bedeutung zu. Es wird daher für die Chemie-Arbeitgeber künftig noch wichtiger als zuvor, sich verstärkt über den europäischen Dachverband ECEG im europäischen sozialen Dialog und in der Interessenvertretung gegenüber den europäischen Institutionen zu engagieren.

Von der Leyens europäische Sozialunion

Ursula von der Leyen wurde Mitte 2019 von den Mitgliedern des EU-Parlaments mit knapper Mehrheit als nächste EU-Kommissionspräsidentin gewählt. Damit tritt sie am 1. November die Nachfolge von Jean-Claude Juncker

KONTAKT



ELISA HENSEL

Europäische und internationale Sozialpolitik

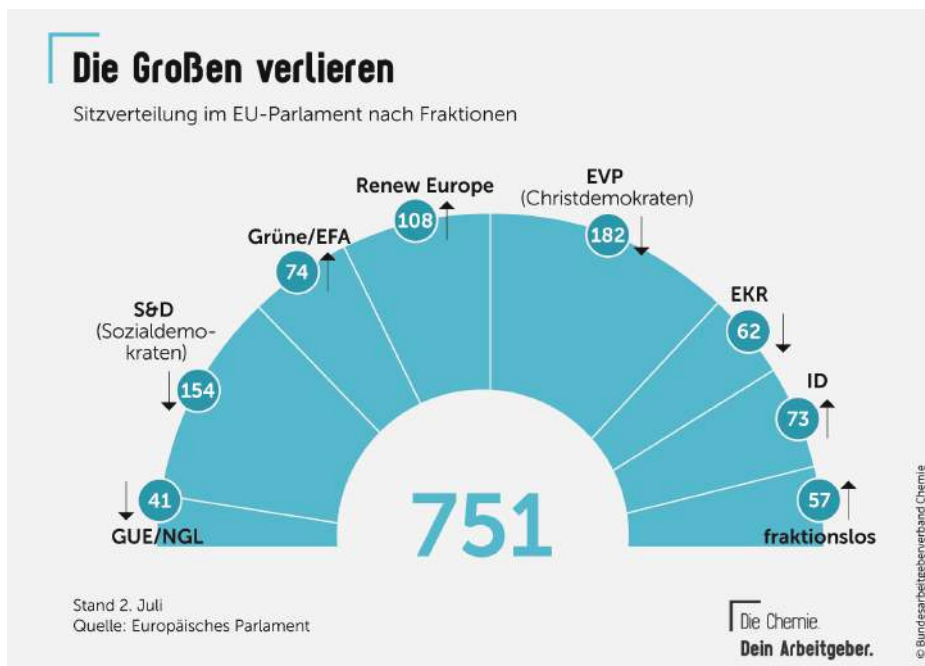
elisa.hensel@bavc.de

für die nächsten fünf Jahre an. In ihren politischen Leitlinien unter dem Titel „Eine Union, die mehr erreichen will“ gibt von der Leyen einen Vorgeschmack auf ihr geplantes Arbeitsprogramm.

Ihre sozialpolitischen Vorschläge haben es dabei in sich. Innerhalb der ersten 100 Tage ihrer Amtszeit will die designierte EU-Kommissionspräsidentin sowohl ein Rechtsinstrument für einen „gerechten Mindestlohn“ als auch Maßnahmen zur Einführung verbindlicher Lohntransparenzmaßnahmen vorschlagen. Außerdem geplant sind eine europäische Arbeitslosenrückversicherung, eine europäische Gleichstellungsstrategie, neue Antidiskriminierungsrechtsakte sowie Quoten für eine ausgewogene Vertretung von Frauen und Männern in Leitungsorganen von Unternehmen. Darüber hinaus ist mit hoher Wahrscheinlichkeit ein Gesetzesvorschlag zu menschenrechtlichen und umweltbezogenen Sorgfaltspflichten in der Lieferkette zu erwarten.

Arbeitgeber fordern Priorität für Wettbewerbsfähigkeit

Mit Sorge beobachten die Chemie-Arbeitgeber, dass von der Leyen am sozialpolitischen Kurs von EU-Kommissionspräsident Juncker festhalten und die von ihm ins Leben gerufene „europäische Säule sozialer Rechte“ legislativ umsetzen will. Beide verkennen, dass wirtschaftliche und soziale Entwicklung Hand in Hand gehen müssen. Die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit in den Mitgliedstaaten muss Priorität haben. Abgesehen davon ziehen die EU-Verträge klare Grenzen: Lohnfragen liegen in der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten. Auch das Modell einer europäischen Arbeitslosenrückversicherung ist kritisch zu hinterfragen, da es tendenziell jene Länder bestraft, die ihre Arbeitsmärkte durch Reformen flexibel und robust gestaltet haben. Nicht angesprochen wird in von der Leyens Leitlinien Protektionismus im Binnenmarkt im Bereich von Entsendungen ins europäische Ausland. Die Arbeitnehmerfreizügigkeit wird durch umfangreiche Meldeverfahren und zunehmende Bürokratie immer weiter erschwert. Auch hier ist eine Kurskorrektur nötig.



Neben der konkreten Ausgestaltung ihres Arbeitsprogramms muss sich von der Leyen derzeit um die Besetzung der Kommissarsposten kümmern. Die besondere Herausforderung besteht darin, ihr Ziel einer nach Geschlechtern ausgewogenen EU-Kommission zu erreichen. Die zuständigen Ausschüsse des EU-Parlaments werden anschließend die von den Mitgliedstaaten nominierten Kandidaten anhören. In der Plenarsitzung vom 21. bis 24. Oktober stimmt das EU-Parlament dann über das gesamte Kollegium der EU-Kommission ab, bevor dieses am 1. November 2019 in die neue Amtszeit startet.

Autorin: Elisa Hensel



Quelle: iStock 7385457

RENTENPOLITIK

ALTERSSICHERUNG ZUKUNFTSFÄHIG GESTALTEN

Die Chemie-Arbeitgeber beschäftigen sich intensiv mit den Herausforderungen des demografischen Wandels. Neben den tariflichen und betrieblichen Aktionsfeldern gibt es in diesem Zusammenhang auch im Bereich der sozialen Sicherung Handlungsbedarf. Eines der Themen ist die langfristige Finanzierbarkeit der gesetzlichen Rentenversicherung. Die hierfür notwendigen Reformen müssen einen gerechten Ausgleich zwischen den Generationen sicherstellen. Leistungen im gesamtgesellschaftlichen Interesse müssen aus Steuermitteln finanziert werden. Die Auswirkungen steigender Beitragssätze auf die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und Arbeitsplätzen müssen ebenso im Blick behalten werden wie sozialpolitische Ziele. Dies alles sollte im Fokus der Arbeit der Rentenkommission stehen, die im Frühjahr 2020 ihren Bericht vorlegen wird.

Viele der im aktuellen Koalitionsvertrag vereinbarten Maßnahmen gehen jedoch genau in die entgegengesetzte Richtung. Schon die Festschreibung des Rentenniveaus war unnötig und nicht generationengerecht. Wenn das Rentenniveau langsamer steigt als die Löhne, resultiert hieraus nicht automatisch mehr Altersarmut. Denn entgegen der vielfachen Annahme sinkt die Höhe der Rente nicht; sie steigt nur langsamer. Jede Festschreibung des Rentenniveaus setzt den notwendigen Anpassungsmechanismus an die sich verändernde Demografie außer Kraft und widerspricht einer nachhaltigen Gestaltung der Rentenversicherung.

Grundrente ist ungerecht und unsystematisch

Als nächstes Projekt soll die Grundrente umgesetzt werden. Das Ziel einer besseren Absicherung von Personen, die jahrzehntelang gearbeitet, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt haben, mag sozialpolitisch wünschbar sein. Die Umsetzung in der Rentenversicherung ist jedoch falsch. So wird das Äquivalenzprinzip weiter aufgeweicht: Der Zusammenhang von eigener Lebensleistung, die auch in eingezahlten Rentenbeiträgen zum Ausdruck kommt, und Absicherung im Alter geht verloren. Die gesetzliche Rentenversicherung würde ungerechter, da gleiche Beitragszahlungen künftig zu deutlich unterschiedlichen Renten führen könnten. Und es ist auch nicht fair, wenn ein Rentner künftig für jeden gezahlten Beitrags-Euro mehr als das Doppelte an Rente bekommen kann als ein anderer Rentner - nur, weil er die Kriterien der Grundrente erfüllt. Die Regelung wäre ein falscher Schritt hin zu einer Rentenversicherung, in der sich die Auszahlungen nach den jeweiligen politischen Mehrheiten richten – und nicht nach den eingezahlten Beiträgen.

Autor: Lutz Mühl

TOP-THEMA

Unsere Standpunkte zu weiteren aktuellen Top-Themen finden Sie unter

www.bavc.de